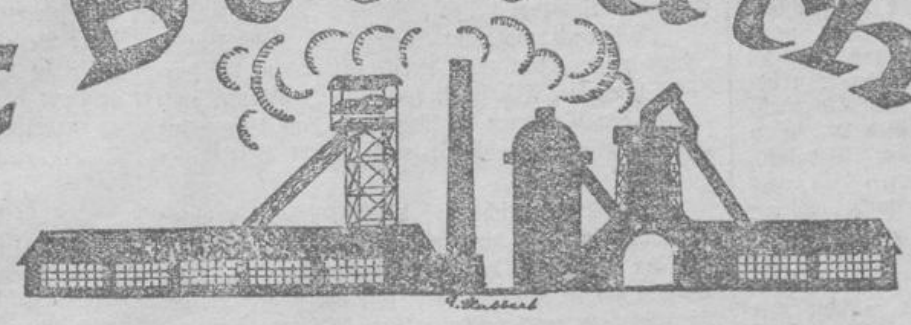
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

4. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich M. 4.50** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1**	**Samstag 6. Mai 1922**	**Anzeigen** finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. Die einspaltige mm-Zeile kostet **60 Pfg.**, bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	**Nr. 18**

Inhalt der Nummer:

Abg. Dr. Becker über die Reichspolitik.
Frankreichs Gewaltpolitik — das Ende der Entente.
Die Bedeutung der Schuldfrage. Von Freiherr von Lersner, M. d. R.
Die deutsche Schuldlüge.
Französische Haßpropaganda.
Englands Hetzliteratur seit 1900.
Woodrow Wilson. Von Dr. Fritz Konrad Krüger. Professor of Political Science, University of Omaha, Omaha (Nebraska). (Schluß.)
Genua und Amerika. Von Guenther Thomas.
Kann die deutsche Landwirtschaft das Volk ernähren? Von Abg. Held, Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses im Preuß. Landtag.
Versicherung gegen Brandschaden. Von Wilhelm Dusche, M. d. R.
Den Finger drauf.
Aus der Partei.

Abg. Dr. Becker über die Reichspolitik.

In einer großen Versammlung der Deutschen Volkspartei zu Darmstadt sprach der Reichstagsabgeordnete Dr. Becker (Hessen) über die Reichspolitik. Von Genua erwartet er nicht viel, aber langsam müsse doch auch in den „Siegerstaaten" die Erkenntnis wachsen, daß das Diktat von Versailles die Ursache aller wirtschaftlichen Nöte in der Welt ist. Dr. Becker verglich Genua mit dem Wiener Kongreß 1815. Wie damals das geschlagene Frankreich durch Talleyrand im Mittelpunkt der Dinge stand, so heute das niedergebrochene Rußland mit seinen Diplomaten. Frankreich damals und Rußland heute hatten eben ihre Waffen nicht weggeworfen, hinter ihren Vertretern standen und stehen Völker mit entschlossenem Willen. In Deutschland fehlt beides. Den Wert des deutsch-russischen Abkommens schätzte der Redner nicht allzu hoch ein. Die Kommunisten im eigenen Lande werden in der Anerkennung ihres Staates neue Ermutigung finden. Im übrigen sei daran erinnert, daß das Wiesbadener Abkommen seinerzeit mit genau der gleichen Reklame gepriesen wurde. „Ich fürchte," fuhr der Redner fort, „die Plötzlichkeit, mit der man das russische Abkommen unter dem Tamtam der offiziösen Presse in die Öffentlichkeit warf, wird die Befriedigung darüber nicht allzulange vorhalten lassen, und man wird auch in dieser Suppe ein Haar finden."

Weiter kam Dr. Becker auf die letzten Vorgänge im Reichstag zu sprechen. Im Gegensatz zur äußersten Rechten hat die Deutsche Volkspartei den Standpunkt vertreten, daß es unpolitisch und ungeschickt sei, in diesem Augenblick gegen die Regierung einen formellen Mißtrauensantrag einzubringen. Sie war der Meinung, man müsse hinter die Regierung treten und sie festnageln auf ihr Nein, glaubte es aber nicht verantworten zu können, so zu handeln wie die Deutschnationalen. Gegenüber den Vorwürfen gegen die Deutsche Volkspartei wegen ihrer damaligen Haltung, als habe sie ihre frühere Politik verleugnet und sich hinter den „Erfüllungskanzler" gestellt, erklärte Dr. Becker, daß auch der Böswilligste nicht behaupten könne, die Partei habe dieser Regierung etwa ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Sie hat immer die Regierung Wirth-Rathenau und ihre schwächliche Erfüllungspolitik bekämpft, immer den Standpunkt vertreten, daß man den Gegnern von vornherein hätte zeigen müssen, daß man nicht zahlen könne. Die Eigenart der Erfüllungspolitik hat am meisten zu unserer Markentwertung beigetragen. Auch innerpolitisch hat dieses Kabinett die schwersten Sünden auf sich geladen. Es hat, wie unter Erzberger, es nicht verstanden, die zentrifugalen Kräfte im Deutschen Reich zu stärken. Wie hat man Bayern bei den verschiedensten Gelegenheiten vor den Kopf gestoßen, es als den Hort der Reaktion hingestellt und sogar preußische Polizeispitzel in Bayern ihre Tätigkeit ausüben lassen! Noch immer treibt die Regierung dieselbe einseitige Parteipolitik und Futterkrippenwirtschaft wie unmittelbar nach der Revolution.

Eine breite Front im Innern brauchen wir, schon des außenpolitischen Druckes willen. Das Steuerkompromiß schließt große Opfer in sich, um noch Schlimmeres zu verhüten. Diese Finanzreform wird uns die Möglichkeit bieten, für alle die Berufsgruppen zu sorgen, die in den letzten Jahren ganz katastrophal unter die Räder gekommen sind. Wir können den Beamten nicht mehr so ganz wie früher die Subsistenzmittel gewähren, aber ausreichende Bezahlung muß der Staat allen seinen Angestellten bieten. Zu den zusammengebrochenen Existenzen zählen aber auch die Pensionäre, Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen. Eine der erfreulichsten Wirkungen der Steuerreform ist deren Besserstellung, ebenso die Unterstützung der Kleinrentner durch einige hundert Millionen Mark. Am Schlusse wandte sich Dr. Becker noch dem Schlagwort von der „großen Koalition" zu und betonte, wenn wir es fertig bringen, die große Masse des deutschen Volkes von der Arbeiterschaft an bis in die Reihe der Deutschnationalen zusammenzuführen, dann haben wir den Gedanken der großen Koalition sachlich verwirklicht. An diesem Ziel hat die Deutsche Volkspartei bisher mitgearbeitet und wird das weiter so halten. Der stürmische Beifall, der dem Vortrage am Schlusse gezollt wurde, war das beste Zeugnis für das Einverständnis der Versammlung mit den bedeutsamen Ausführungen.

Frankreichs Gewaltpolitik — das Ende der Entente.

Der „Lothringer" Poincaré hat ein Seitenstück zum Auftreten der Franzosen in Genua durch die große Rede geliefert, die er in Bar-le-Duc gehalten hat. Vermutlich hätte Lloyd George in der Kommissionssitzung am 23. April noch deutlicher gesprochen, als es ohnehin der Fall war, wenn der französische Ministerpräsident die Rede drei Tage früher gehalten hätte. Auf der anderen Seite trifft es vielleicht noch mehr zu, daß man gerade Poincarés rücksichtslose Schärfe als die Antwort Frankreichs auf die englische Drohung zu betrachten hat, es werde sich vielleicht genötigt sehen, seiner ganzen Politik eine andere Richtung zu geben, wenn Frankreich auf der Betonung seines Machtstandpunkts den anderen gegenüber beharrt. Poincaré und die heute maßgebenden Politiker Frankreichs wissen augenscheinlich, daß es mit dem Einvernehmen der beiden großen Westmächte vorbei ist, und infolgedessen beschleunigen sie die Krisis, solange sie noch in der Hauptsache die öffentliche Meinung Frankreichs und die Mehrheit der französischen Volksvertretung hinter sich zu haben glauben. Sie haben wohl erkannt, daß die Zeit für England und Deutschland und gegen Frankreich arbeitet. Der Abschluß des deutsch-russischen Vertrages war für Frankreich sowohl ein Warnungssignal dafür, daß Deutschland den Willen hat, gleichzeitig mit seinem großen Nachbar im Osten wirtschaftlich und politisch wieder in die Höhe zu kommen, und zugleich ein Vorwand, jeder selbständigen Regung Deutschlands und Rußlands mit allen Mitteln der Gewalt, des Unrechts und der Vertragsverletzung zu begegnen. Im Hintergrunde lauert wohl auch die weitere Besorgnis, daß Amerika allmählich aus seiner Zurückhaltung

europäischen Angelegenheiten gegenüber hervortreten und zur vollständigen politischen Vereinsamung Frankreichs beitragen könne, was auch für dessen Wirtschaft die verhängnisvollsten Folgen haben müßte.

So legt es Poincaré darauf ab, ohne oder selbst gegen den Willen Englands und Italiens in Deutschland einzufallen und jede Möglichkeit eines Wiederaufstiegs zu ersticken. Der neue „Kaiser der Franzosen", wie Poincaré spöttisch als kleiner, allerdings sehr kleiner Napoleon bezeichnet wird, hat seinem großen Vorbild wohl abgeguckt, wie man sich räuspert und wie man spuckt, aber damit hört auch der Vergleich zwischen den beiden Männern auf. Für uns freilich entsteht eine sehr ernste Lage. Wenn am 31. Mai Poincaré und seine Regierung in der Nichterfüllung der jüngsten Forderungen der Reparationskommission durch Deutschland einen Vorwand finden, loszuschlagen, so müssen wir damit rechnen, daß am 1. Juni das Ruhrgebiet von den Franzosen besetzt wird. Die Rede von Bar-le-Duc ist mit vollem Recht als ein Ultimatum und eine unverhüllte Kriegsdrohung an Deutschland zu betrachten. Da wir vollständig wehrlos sind, ist an militärischen Widerstand nicht zu denken — daß wir so wehrlos sind und willenlos alles über uns ergehen lassen müssen, ist die unvergängliche Schuld derjenigen, die 1918 die vorzeitige Entwaffnung unserer Heere herbeigeführt und damit nach Scheidemanns eigenem Wort das Gewehr fünf Minuten zu früh an die Wand gestellt haben. Wenn sich der Vorwärts mit der Hoffnung tröstet, daß die Welt einmal endlich des französischen Imperialismus überdrüssig werden würde, so ist das seine Sache. In dieser leeren Hoffnung sind wir schon gar zu oft getäuscht worden, um noch weiter auf den Friedenswillen der Welt zu bauen; für uns zieht niemand das Schwert.

Eine ganz leise Möglichkeit, das Äußerste zu vermeiden, liegt vielleicht in dem Gelingen der Bestrebungen, mit amerikanischer Hilfe eine internationale Anleihe für Deutschland herbeizuführen. Das ständige Fallen des Dollars trotz der Vorkommnisse in Genua und die Bereitwilligkeit Morgans, sich an den Anleiheverhandlungen zu beteiligen, lassen erkennen, daß man wenigstens in amerikanischen Wirtschafts- und Finanzkreisen die Notwendigkeit für alle einsieht, zusammenzustehen. Ob sich aber diese leise Möglichkeit zur Wirklichkeit umwandeln wird, läßt sich heute noch gar nicht übersehen — uns scheint sie leider nur sehr leise zu sein.

Was den Inhalt der Poincaréschen Rede anbetrifft, so ist sie typisch französisch: Verlogenheit und Brutalität unter äußerlich glattesten Redewendungen und schönen Worten von Bescheidenheit, Gerechtigkeit, Zivilisation und Menschlichkeit. Mehr darüber zu sagen, wäre verlorene Liebesmüh!

Die Revision des Versailler Vertrags.

Die Bedeutung der Schuldfrage.

Von Freiherr von Lersner, M. d. R.

Der berüchtigte Artikel 231 des sogenannten „Friedensvertrages" von Versailles lautet:

„Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber aller Verluste und aller Schäden verantwortlich sind, die die Ententeregierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges erlitten haben, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde."

Dieser Artikel bildet die einzige Rechtfertigung der gesamten Rachebestimmungen des Versailler Friedens. Dieser Artikel will das deutsche Volk als Vergeltung für den der Welt aufgezwungenen Krieg für ewige Zeiten zu einer Verbrechernation stempeln. Dieser Artikel ist aber weiter nichts als eine große, plumpe, allerdings mit größter Geschicklichkeit von unseren Feinden verbreitete Lüge.

Ebenso ist es eine geschichtliche, ungeheuerliche Lüge, wenn es in dem Herrn Dr. Simons und mir am 13. Juni 1919 in Versailles überreichten Entente-Ultimatum heißt:

„Während mehrerer Jahrzehnte hat Deutschland unausgesetzt eine Politik getrieben, die darauf hinzielte, Eifersucht, Haß und Zwietracht zwischen den Nationen zu säen, nur damit es seine selbstsüchtige Leidenschaft nach Macht befriedigen könnte."

Ich will hier nicht auf die Widerlegung dieser Lüge im einzelnen eingehen, nur darauf verweisen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, Herr Wilson, am 26. Oktober 1916, also im Höhepunkt der Deutschenhetze in Amerika, erklärt hat:

„Ist Ihnen bekannt, was den gegenwärtigen Krieg hervorgerufen hat, wenn ja, so wünsche ich, daß Sie es veröffentlichen. Kein besonderer Anlaß hat ihn hervorgerufen, sondern die Gesamtheit der Umstände."

Noch klarer hat es Lloyd George am 23. Dezember 1920 ausgesprochen:

„Je öfter man Memoiren und andere Bücher liest, die über das, was vor dem 1. August 1914 geschah, geschrieben sind, desto mehr erkennt man, daß niemand, der damals die Geschäfte verantwortlich leitete, den Krieg gewollt hat. Sie alle sind in den Krieg hineingerutscht und richtiger gesagt: getaumelt und gestolpert."

Diese beiden Äußerungen der leitenden Staatsmänner unserer Gegner sollten allein genügen, die lügnerische Erfindung von der deutschen Schuld am Kriege zu beseitigen.

Wenn man aber an die Rolle denkt, die der russische Botschafter in Paris, Herr Iswolski, und vor allem der jetzige französische Ministerpräsident, Herr Poincaré, vor und bei Ausbruch des Weltkrieges gespielt haben, so wird man erkennen, daß nicht Deutschland, sondern unsere Gegner die Schuld am Kriege haben.

Wie schreibt der belgische Gesandte in Paris, Herr Guillaume, (16. Januar 1914): „Die Herren Poincaré, Delcassé, Millerand und ihre Freunde sind es gewesen, die die nationalistische, militaristische, chauvinistische Politik erfunden und befolgt haben, die eine schwere Gefahr für ganz Europa bildet."

Mit Stolz sagt Herr Iswolski nach Ausbruch des Krieges: „Es ist mein Krieg."

Der belgische Gesandte, Baron Greindl, schreibt schon im Januar 1908: „Wann ist denn die Ruhe Europas bedroht gewesen außer durch den französischen Revanchegedanken?"

Der neuernannte amerikanische Botschafter in Berlin, Herr Hougthon, hat bei seiner Ausreise aus Amerika vor wenigen Tagen erklärt:

„Der Krieg ist beendet. Der Verlierer muß nach seinen Kräften bezahlen. Jedoch die Ursache und die Zuteilung eines Tadels und der Schuld am Kriege sind Dinge, die ich nicht länger erörtert wissen möchte."

Nein, Herr Botschafter. Wir Deutschen sind ganz anderer Ansicht. Wir sind nicht gewillt, einen dicken Strich unter die Erörterungen der Schuldfrage zu setzen und wider Recht und Gerechtigkeit unter den grausamen Forderungen unserer Feinde zusammenzubrechen. Wir wollen nichts als unser gutes Recht, aber unser ganzes Recht. Gerade Amerika, auf dessen feierliche Zusicherung des Rechtsfriedens hin wir uns 1918 entwaffnet haben und das durch den Wortbruch des Präsidenten Wilson so schwer an uns gesündigt hat, sollte dies deutsche Verlangen auf das Wärmste unterstützen.

Auf jeden Fall wird der „Arbeitsausschuß deutscher Verbände" (Berlin NW. 6, Luisenstraße 31 a), dem sich bereits über 400 deutsche Organisationen politischer, kultureller und wirtschaftlicher Art mit vielen Millionen Mitgliedern angeschlossen haben, alles tun, was in seinen Kräften steht, um weiterhin den Kampf gegen die bewußte Versailler Lüge von der deutschen Schuld am Kriege zu führen.

Die Zeit muß kommen, in der nicht nur alle Deutschen, sondern auch unsere Gegner einsehen werden, daß es ein Verbrechen ist, eine Weltordnung, wie sie in Versailles geschaffen wurde, auf einer bewußten ungeheuerlichen Lüge aufzubauen. Jeder Deutsche, jeder Beruf, jedes wirtschaftliche Unternehmen, jede politische Partei, jede deutsche Regierung sollte ungesäumt das ihre tun, um der Wahrheit zum Ziele zu verhelfen.

Die deutsche Schuldlüge.

Der in München geführte Prozeß um die Eisnerschen Fälschungen setzt leider von neuem alle deutschfeindlichen Federn und Zungen im In- und Ausland in Bewegung, die in heißem Bemühen bestrebt sind, unsern Feinden und namentlich den Franzosen den Beweis zu liefern, daß die deutsche Regierung im Einvernehmen mit Österreich im Sommer 1914 durch Herausforderung Serbiens den Weltkrieg planmäßig vorbereitet und herbeigeführt habe. Es ist tief beschämend und zeugt außerdem von einer geradezu unglaublichen politischen Unreife, daß in Deutschland selbst große Parteien, deren Redner und Blätter unablässig die Grundlage zu stürzen beflissen sind, auf der nun einmal der Friedensvertrag von Versailles beruht. Auch dem dümmsten politischen Kinde müßte es allmählich klar geworden sein, daß namentlich Frankreich immer wieder und erst jüngst durch den Mund des französischen Kriegsministers Maginot im besetzten Gebiet, durch Poincaré in Paris und durch Barthou in Genua abermals seine weisende Haltung mit der Schuld Deutschlands am Kriege begründet. Wenn unter solchen Umständen Deutsche selbst Material zur Unterstützung dieser Behauptung heranschleppen, und zwar Deutsche, die selbst im innersten Herzen von der schweren Ungerechtigkeit des Versailler Diktats überzeugt sind, dann ist das ein neuer Beweis dafür, daß all' diesen Leuten jegliches Gefühl und Verständnis für politische Dinge abgeht. Das ist die eine Seite der Frage.

Nun wäre es schließlich verständlich, wenn die Leute in ihrem Wahrheitsfanatismus alle Gebote politischer Klugheit vergäßen, weil die Beweise für die wirkliche Schuld Deutschlands sonnenklar zutage liegen. Aber das gerade Gegenteil ist der Fall. Die Verhandlungen in München haben durch die Vernehmung des Grafen Lerchenfeld, des Herrn von Schoen und des Grafen Montgelas abermals mit vollster Klarheit ergeben, was bisher ohnehin jedermann wußte, der Hören und Sehen gelernt hat, daß nämlich die deutsche Regierung 1914 ebensowenig wie vorher je den Wunsch gehabt hat, einen Weltkrieg heraufzubeschwören. Es ist im Gegenteil mit absoluter Klarheit bewiesen, daß Deutschland zwar eine gründliche Auseinandersetzung Österreichs mit Serbien befürwortete, eben weil es in einem dauernd gespannten Verhältnis beider Länder, zumal angesichts der Abhängigkeit Serbiens von Rußland, eine ständige Gefahrenquelle für die Erhaltung des Friedens erblickte, daß es aber vom ersten Augenblick einer ernsten Gefahr eines bewaffneten Zusammenstoßes Österreichs mit Serbien aufs eifrigste bestrebt war, den Krieg zu lokalisieren. Gerade die Ausführungen des Grafen Montgelas, der wohl als der beste Kenner der militärischen Vorbereitungen Deutschlands gelten darf, zeigen mit unwiderleglicher Beweiskraft, wie wenig Deutschland im Sommer 1914 auf einen großen Krieg vorbereitet war. Die Friedfertigkeit Bethmann Hollwegs ist so allgemein bekannt, daß es geradezu kindisch wäre, ihm kriegerische Neigungen zu unterschieben. Das deutsche Heer besaß um ein Drittel weniger Munition für einen Krieg nach zwei Fronten, als die Franzosen für einen Krieg nach einer Front. In diesen beiden Sätzen liegt eigentlich ein so bündiger Beweis für Deutschlands gänzlicher Unschuld am Weltkriege, daß man sich immer von neuem über die Hartnäckigkeit der Lüge von seiner Schuld wundern muß. Eisners diplomatische Fälschungen sind in der Hauptsache dafür verantwortlich.

Französische Haßpropaganda.

Die von den Russen zerstörten Gebiete Ostpreußens wurden noch während des Krieges wieder vollständig aufgebaut — die zerstörten Gebiete Frankreichs sind noch heute zu einem großen Teile wüste Trümmerfelder. Die deutsche Regierung hat wiederholt positive Vorschläge gemacht, um den Wiederaufbau dieser Gebiete zu beschleunigen; sie hat deutsches Material und deutsche Arbeitskräfte hierfür angeboten. Frankreich aber widersetzt sich allen Bemühungen, die Spuren des Krieges auszulöschen. Die zerstörten Gebiete werden zur Erhaltung der Haßstimmung gegen Deutschland in Frankreich und zur antideutschen Propaganda in der Welt benutzt. Rundfahrten durch die vom Kriege am schwersten betroffenen Departements werden von der Regierung und anderen offiziellen Stellen veranstaltet und Teilnehmer zu diesen Fahrten durch billige Preise und allerhand Vergünstigungen angelockt.

Besonders bemüht man sich um die angrenzenden Länder. Für wenige Franken können Schweizer in bequemen Automobilen die „von den Boches verwüsteten" Gebiete Frankreichs durcheilen und sich von den Führern der Ausflüge erzählen lassen, welch barbarisches Volk jenseits des Rheines wohnt. Auf Einladung der französischen Universitäten befindet sich gegenwärtig auch eine Gruppe holländischer Studenten auf einem „Ausflug" in die französischen Kriegsgebiete. Man kann es kaum verstehen, wenn gebildete Neutrale nicht merken, daß sie hier zu einer französischen Haßpropaganda mißbraucht werden; mit Entrüstung sollten sie derartige Ansinnen zurückweisen. Handelt es sich aber um wirklich unvoreingenommene Menschen, die den französischen Phrasen kritisch gegenüberstehen, dann muß ein derartiger Ausflug in die noch immer zerstörten Gebiete Frankreichs allerdings eine nicht gewünschte Wirkung ausüben. Die Teilnehmer nämlich müßten zu der Überzeugung kommen, daß die Franzosen entweder organisatorisch außerordentlich unbefähigt sind, da es ihnen immer noch nicht gelungen ist, die Kriegsspuren zu beseitigen, oder aber, daß die Franzosen — und hier würden sie das Richtige treffen — den Haß verewigen wollen und daß ihre schönen Worte vom Weltfrieden Lug und Trug sind. Die Franzosen rechnen bei ihren Veranstaltungen aber jedenfalls mit Recht damit, daß kühle Überlegung sehr selten anzutreffen ist und die Hetzpropaganda ihre Wirkung daher nicht verfehlen wird.

Zugleich mit den holländischen Studenten soll auch, nach einer Meldung des „Matin", „eine Gruppe deutscher Pastoren" sich auf der Reise durch die zerstörten Gebiete befinden. Es fehlt jede Angabe, woher diese „deutschen Pastoren" stammen. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß es sich hier um eine zu Propagandazwecken erfundene Falschmeldung handelt. Sollte aber doch etwas Wahres daran sein, dann müßten die Namen dieser Teilnehmer veröffentlicht werden. Denn ein Verräter am Vaterland ist jeder, der die mit den zerstörten Gebieten Frankreichs getriebene Hetzpropaganda gegen Deutschland unterstützt.

Englands Hetzliteratur seit 1900.

Die „Deutsche Zeitung für Chile", ein in deutscher Sprache geschriebenes, in Santiago erscheinendes Blatt, welches die Interessen des Auslandsdeutschtums in Chile auf das wärmste verficht, bringt unter der obigen Überschrift eine interessante Zusammenstellung der englischen antideutschen Hetzromane seit 1900. Wir entnehmen dem Artikel die folgenden Stellen:

„Die schamlos schmutzigen Schmähungen und Beschuldigungen, die Englands Presse während des Krieges gegen alles, was deutsch ist, hervorsprudelte und — leider oft erfolgreich — in die Welt hinausphantasierte, sind nicht ausschließlich Kinder des Hasses und der Kriegs-Psychose, sondern auch der Furcht. Schon Ende der sechziger Jahre treten literarische Warnungen auf, die das junge Deutschland als eine neue napoleonische Gefahr für England hinstellen. Dieser Gedanke findet zunächst im Roman Ausdruck. Gleich das erste Erzeugnis englischer Kriegs-Phantasie „Die Schlacht bei Dorking" (1871) warnt in einer überspannten Schilderung vor Englands Unterwerfung durch ein deutsches Landungsheer mit unhaltbaren Übertreibungen. Eine Massenwirkung hat dieser Roman jedoch nicht erzielt. Diese setzt erst ein, nachdem die Northcliff-Presse den Burenkrieg, die englisch-deutsche Flottenaktion vor den Küsten Venezuelas (1902) und den Abschluß der Entente cordiale mit teuflischer Hinterlist als Scheinbeweise für ihre endlosen antideutschen Hirngespinste ausgebeutet und damit das Urteil der englischen Leser verseucht hatte. Zur Zeit des Venezuela-Vorfalles tritt die zweite Literaturgattung, die Lyrik, in den Dienst des Invasionsgedankens, aber lediglich als Sprachrohr des Hasses. Erwähnt sei hier nur das Gedicht „Die Ruderer" (Times 1919), dessen Schlußvers den Deutschen als „Schwindler ohne Scham und Scheu" und als „Hunnenhund" bezeichnet. Solche und ähnliche Anwürfe bejubelt das Volk, ein Beweis, wie gut Northcliff seit 1896 den Boden für die kritiklose und begeisterte Massenaufnahme jeder Art Hetzschriften vorbereitet hatte.

Diesen günstigen Umstand machten sich geschäftstüchtige Schriftsteller zunutze, um seit 1905 mit einer Hochflut von Romanen, Novellen und Erzählungen den Büchermarkt zu überschwemmen. Abermals wird der Roman Ausdrucksmittel des Invasionsgedankens, doch er warnt nicht mehr, sondern er hetzt. Ein Gemisch aus böswilliger Erfindung und gemeiner Beschimpfung, will er die Gemüter erhitzen, um den Verstand zu trüben. Unter den zahlreichen Autoren solcher Machwerke ragen einige typische Vertreter hervor, z. B. William Le Queux, Louis Tracy, Walter Wood und der ehemalige Frankfurter Philipp Oppenheim. Le Queux, der Abstammung nach ein Franzose, der Geburt nach (London) ein Engländer, erwarb sich durch seine Hetzwarnung „Die Invasion von 1910" (geschrieben 1905) die Gunst und finanzielle Unterstützung des Lord Roberts, der sogar eine empfehlende Einleitung schrieb als wirksame Stütze für die erfundene Angabe des Verfassers, er habe sich „als Gast gewisser kaiserlicher Prinzen von der Absicht der deutschen Regierung, in England einzufallen, überzeugt". Die phantasiereiche, spannende Schilderung von Deutschlands Arglist, Gemeinheit und militärischer Überlegenheit muß das Blut aller Leser in Wallung bringen. Besonders stark werden drei Punkte betont, die für die späteren Kriegsberichte charakteristisch sind: Deutschland überfällt England ohne Kriegserklärung unter Verletzung der belgischen Neutralität; die deutsche Artillerie fährt hinter Kirchen und wichtigen Gebäuden auf und zerschießt Kulturstätten (das britische Museum); deutsche Flieger bewerfen offene Städte mit Petroleumbomben. Die deutsche Spionage wird in dem Roman Le Queux' nur gestreift. Oppenheim dagegen betont in seinem Roman „Ein Geschichtsmacher" (ebenfalls erschienen 1905) neben der geheimnisvollen Zusammenkunft zweier Monarchen an der deutsch-österreichischen Grenze besonders das gefährliche Treiben deutscher Spione und Geheim-Agenten im Dienste des Kaisers. Sein nächstes Werk „Das deutsche Gespenst in England" (1910) spricht unverhüllt die bösartigsten Beschimpfungen gegen den deutschen Kaiser aus, der eine militärische Geheimorganisation von 290 000 deutschen Soldaten in London ins Leben gerufen haben soll. Den gleichen Gedanken spinnt Thirlmeres in seinem „Zusammenprall der Westmächte" (1907) mit erschreckenden Einzelheiten aus. Welch einfältiges Zeug dem englischen Volk geboten werden konnte, zeigt Tracys „Schicksalsbotschaft" (1906), worin der Kaiser mit einem berüchtigten Negerhäuptling und einem schwarzen Sklavenhändler aus Innerafrika ein Komplott schmiedet, um große Gebiete Mittelafrikas unter deutsche Herrschaft zu bringen.

Mit dem Jahre 1909 kommt als dritte und wirksamste Invasionsliteratur-Gattung das Drama zu Wort. Guy de Maurieres „Des Engländers Heim" löst in England und sogar in seinen Kolonien eine beispiellose Massenbegeisterung aus. Damit war in England die Bühne als günstigstes Massenbearbeitungsmittel im Sturm genommen. Von nun an sind Ohr und Auge der breiten Masse den unmöglichsten Motiven verbrecherischer Hetzproduktion kritik- und willenlos ausgeliefert. In dem Buch „Was ich herausfand" (1914) gibt z. B. eine ungenannte Engländerin ihre Beobachtungen als Erzieherin bei zwei deutschen Prinzen königlichen Geblüts wieder. Die Prinzen werden im „Kriegsspiel" an einem „Modell der Stadt London", im Lenken einer kleiner Zeppelin-Flotte von einem preußischen Leutnant geschult, der ihnen an der Westminster-Abtei die kürzeste Vernichtungsart vormacht.

Bei Ausbruch des Krieges verschärfte sich der Ton in allen drei Literaturgattungen. Im Vordergrund stehen fortan das preußische Militär und der Kaiser. In Philipps „Armageddon" (1915) wird die preußische Militärzucht verhöhnt. Die Ordonnanz eines Generals darf vor dem Eintreten in die Tür „nicht anklopfen, sondern muß scharren wie ein Hund". Die Rote Kreuz-Flagge ist als wertloser „Baumwollfetzen" zu behandeln. Eins der jüngsten Machwerke Le Queux' sind „Die Liebesabenteuer der Kaisersöhne" (1918). In diesem Roman sind alle kaiserlichen Prinzen als Ehebrecher gekennzeichnet.

Woodrow Wilson.

Von Dr. Fritz Konrad Krüger,
Professor of Political Science, University of Omaha, Omaha (Nebraska).

(Schluß.)

Warum Wilson nicht gleich zu Ausbruch des Weltkrieges auf seiten der Alliierten trat, was — wiederum nach Tumultys Zeugnis — sein Herzenswunsch war, erhellt aus folgender Geschichte, die der bekannte französische Politiker und Historiker Hanotaux, ohne je Widerspruch gefunden zu haben, in seiner Geschichte über den Weltkrieg berichtet hat. Als die französische Regierung zu Anfang des Krieges nach Bordeaux fliehen mußte und die Lage für Frankreich hoffnungslos erschien, waren die Leiter der Regierung Frankreichs willens, mit Deutschland Frieden zu schließen. Davon wurden sie abgehalten durch den Besuch von drei Amerikanern: Robert Bacon, dem Vertreter des Bankhauses J. P. Morgan & Co. Myron T. Herrick, amerikanischer Botschafter in Paris unter Taft und William G. Sharp, der gerade von Wilson zum Botschafter ernannt worden war. Diese drangen in die verzweifelten französischen Machthaber, den Krieg unter allen Umständen fortzuführen, bis die Vereinigten Staaten mit ihren ungeheuren Mitteln zu Hilfe kommen würden. Einstweilen, so sagten sie, seien zwar nur 50 000 Amerikaner für den Krieg, indessen könnten diese durch geschickte Propaganda in eine Majorität verwandelt werden. Für diese Propaganda entwickelten sie Pläne und garantierten eine Geldsumme, von der Hanotaux es sich nicht versagen kann, zu bemerken, daß sie selbst nach amerikanischen Begriffen ungeheuerlich gewesen wäre.

Nach den verschiedenen Enthüllungen über Wilsons Persönlichkeit, seinen Beziehungen zu gewissen Finanzkreisen Amerikas und seiner Stellung zum Kriege darf man fest annehmen, daß er dieser Gruppe von drei einflußreichen Landsleuten nicht allzufern gestanden hat. Zum mindesten steht nach all dem

Vorhergesagten fest, daß nicht wahre Friedensliebe Wilson abhielt, sich gleich von Anfang an auf die Seite der Alliierten zu stellen, sondern die Erkenntnis, daß die Masse des amerikanischen Volkes nicht kriegsfreudig genug war und erst durch geschickte Propaganda bearbeitet werden müsse. Das Motto: „Er hat uns vor Krieg bewahrt!" (He kept us out of war) mit der als selbstverständlich angenommenen Suggestion „und will es auch weiterhin tun"; dieses Motto, dem Wilson ausschließlich seine Wiederwahl zum Präsidenten durch das im Grunde friedliebende Amerika verdankt, war eine der größten, bewußten Lügen des von dem verblendeten, vertrauensseligen Michel bejubelten „Weltbeglückers?"

Es ist wahr, Tausende von Deutsch-Amerikanern haben sich täuschen lassen und zur Wahl dessen beigetragen, der dann, nachdem der deutsche Michel in Amerika seine Schuldigkeit getan hatte, zum schlimmsten Bedrücker ihres Volkstums im Adoptivlande werden sollte. Leider, leider muß auch hinzugefügt werden, daß die Masse der deutsch-amerikanischen Farmer nur zu gern bereit war, auf Wilson zu hören, da sie wegen des Krieges ungeheure Profite für ihre landwirtschaftlichen Produkte erzielt hatte und hoffte, dieselben durch Wilson auch weiterhin zu behalten. Ihre Gewinnsucht und Geldgier verleitete sie, nicht auf die Stimmen der deutsch-amerikanischen Zeitungen und Führer zu hören, die sämtlich für die Wahl Hughes gegen Wilson eintraten. Die deutsch-amerikanischen Führer hatten Wilson mit Beobachtern umgeben und wußten genau, daß Wilson Krieg bedeutete. Sie hatten Kenntnis davon, daß er schon heimlich dafür gerüstet hatte, wie er später vor einem Komitee des Kongresses zugab. Aber es half nichts. Gerade der stark deutsche Mittelwesten und Westen erwählte Wilson gegen die Stimmen des Ostens. Immerhin waren diese Tausende von deutsch-amerikanischen Farmern einfache und ehrliche Menschen, die mit den Verlogenheiten der Politik und Diplomatie nicht vertraut waren, und denen keine besonderen Mittel zur Verfügung standen, das Gesicht ohne die Maske zu sehen.

Unbekannt scheint auch in Deutschland die Tatsache zu sein, daß die republikanische Staatskonvention, welche Hughes nominierte, zu fast einem Drittel aus deutsch-amerikanischen Delegaten bestand, die genau instruiert waren und zielbewußt dem anglo-amerikanischen Element gegenüber die Nomination des kriegsbereiten Theodore Roosefeldt verhinderten und Hughes zur Nomination verhalfen, der in einer besonderen Sitzung mit deutsch-amerikanischen Vertretern das Versprechen gegeben hatte, gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg zu arbeiten. Die Auslassungen des republikanischen Parteiprogrammes in bezug auf die Stellung der Partei zum Kriege waren offiziell von einem Ausschuß der Deutsch-Amerikaner geprüft und gebilligt worden. Die Wut Roosevelts gegen die Deutsch-Amerikaner, als er seine Nomination vereitelt sah, kannte natürlich keine Grenzen und sein impulsives Temperament ließ ihn oft die Gründe seines Deutschenhasses aussprechen, vor allem in einer Rede in St. Louis. In der Wahl spielte dann auch Roosevelt ein völlig falsches Spiel gegen Hughes. Doch dies soll einer weiteren Erörterung vorbehalten sein.

Alle diese Tatsachen waren sicherlich der deutschen Vertretung in Washington bekannt. Hätte die Masse der Deutsch-Amerikaner nur auf ihre Führer gehört! Aber wie die Masse der Deutschen im alten Vaterland folgte sie denen, die sie wie Sirenen lockten und dann in den Strudel hinabrissen.

Unglaublich aber und unverzeihlich ist es, daß Graf Bernstorff an seiner fixen Idee festhielt, trotzdem er immer wieder von berufener Seite darauf aufmerksam gemacht wurde, welch unsinniges und gefährliches Spiel er damit treibe, daß er die Wiederwahl Wilsons nicht nur begünstigte, sondern aktiv betrieb. Warum hörte er z. B. nicht auf die geschulten Kenner amerikanischer Politik, die selbst in der demokratischen Parteipolitik eine Rolle gespielt hatten, die Brüder Ridder von der New-Yorker Staatszeitung, die trotz starken persönlichen Drängens Bernstorffs fest blieben und die Wiederwahl Woodrow Wilsons aufs entschiedenste bekämpften. Warum hörte er nicht auf die Cincinnatier Freie Presse, die sich in gleichem Sinne aussprach und Graf Bernstorff hat, gewisse Artikel nach Deutschland zu schicken, damit Berlin auch die andere Ansicht höre, was dann gegen seinen Willen geschah? An Warnungen hat es nicht gefehlt, aber Bernstorff wußte es besser.

Tumultys Memoiren sind ein weiterer Beweis, daß Graf Bernstorff unfähig war, in der schweren Zeit den so verantwortungsvollen Posten als Botschafter in Washington zu bekleiden. Tumultys Memoiren beweisen, daß sich Bernstorff hat täuschen lassen, und daß die Voraussetzungen, unter denen er in Washington arbeitete, grundsätzlich verkehrt waren.

Bismarck hat einmal die Bemerkung gemacht das deutsche Volk werde immer seinen Loki und Hödur haben. Der Loki im Weltkriege war Wilson, der blinde Hödur, der Lokis mörderischen Pfeil abschoß, der verblendete Graf Bernstorff.

Genua und Amerika.

Von Guenther Thomas.

Mit einem gewissen frommen Staunen und ungläubigen Kopfschütteln haben so manche Leute bei uns in den letzten Tagen verfolgt, wie der Dollar von rund 330 auf rund 250 Mark gefallen ist. Das ist um so befremdlicher, als man bisher gewohnt war, die Börse als ein zuverlässiges politisches Barometer zu betrachten, das mit untrüglicher Sicherheit friedliche oder unfriedliche Lösungen politischer Probleme und wirtschaftlicher Fragen ankündete. Wenn es also mit rechten Dingen zugegangen wäre, dann hätte jeder neue Konflikt und jede neue Zuspitzung in Genua mit einem weiteren Fallen der Mark beantwortet werden müssen. Zumal das unversöhnliche schroffe Auftreten der Franzosen, die Zusammenstöße zwischen Lloyd George und Barthou, den unverkennbar klaffenden Riß durch die Entente und nicht zuletzt die unverhüllten Kriegsdrohungen Poincarés gegen Deutschland hätte die Börse mit fallenden Markkursen begrüßen müssen. Wie ist dieses Phänomen zu erklären?

Verschiedene Ursachen haben dabei zusammengewirkt, daß trotz der gefahrdrohenden politischen Lage in den letzten Tagen der Dollar unentwegt gefallen und die Mark gestiegen ist. Am meisten sachliche Arbeit ist in Genua in der Kommission geleistet worden, die sich mit Finanzfragen zu beschäftigen hatte, weil dort fast ausschließlich Sachstverständige und nicht bloße Politiker zum Wort gekommen sind. Besonders zwei Punkte sind mit großem Ernst behandelt worden. Auf Vorschlag Englands soll sofort nach Genua eine Konferenz von Vertretern sämtlicher Notenbanken einberufen werden, um die Frage der Wechselkurse zu besprechen und wenigstens dem Anfang einer Lösung entgegenzuführen; dazu soll auch die amerikanische Staatsbank, Federal Reserve Bank, eingeladen werden. Offenbar haben die Engländer aus Amerika Winke erhalten, die sie zu der Annahme veranlassen, daß Amerika der Einladung Folge leisten wird. Wenn sich unter Einschluß der Amerikaner die Führer der Notenbanken, ohne durch politische Gründe behindert zu sein, zur Behandlung der Frage zusammenfinden, dann kann immerhin etwas Ersprießliches herauskommen. Im Zusammenhang damit steht es, daß sich in Genua und anderwärts hartnäckig Gerüchte erhalten, wonach Amerika bereit sei, sich an der Bewilligung einer beträchtlichen internationalen Anleihe zu beteiligen, die allerdings die erste Voraussetzung für eine Klärung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist. Diese Gerüchte erhalten eine gewisse Nahrung, einmal dadurch, daß nach einer Meldung der Times aus New-York amerikanische Bankiers erklärt haben sollen, „unter geeigneten Bedingungen" könnte ein beträchtlicher Teil der deutschen Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten untergebracht werden. Wenn schließlich gleichzeitig berichtet wird, daß Pierpont Morgan die Aufforderung der Reparationskommission in Paris zur Teilnahme an Besprechungen über eine internationale Anleihe angenommen habe und sich am 15. Mai nach Europa begeben werde, so sind immerhin Anhaltspunkte genug vorhanden, um bei einer reichlichen Dosis Optimismus den auffallenden Stand der Mark zu erklären.

Zwei weitere Momente treten hinzu. Binnen wenigen Wochen wird sich, wenn nicht ein gewaltsames Vorgehen der Franzosen einen Strich durch die Rechnung macht, ein gewaltiger Strom von Amerikanern — man spricht von 300 000 — über Deutschland ergießen, wo man ebenso billig wie herrlich nach amerikanischen Begriffen leben und einkaufen kann. Sie alle bereiten sich auf die große Vergnügungsreise dadurch vor, daß sie wenige Dollars in viele Markscheine umtauschen, und diese plötzliche Nachfrage läßt natürlich den Markkurs steigen. Ferner ist es angesichts der wiederholten Erklärungen der deutschen Regierung, daß sie nach der letzten Ratenzahlung, spätestens im Mai, nicht mehr imstande sein werde, weitere Goldzahlungen auf Reparationskonto in nennenswertem Umfang zu leisten, nicht ohne Wirkung, wenn infolgedessen die deutsche Regierung nicht mehr als Käuferin von Goldevisen auf dem Weltmarkt auftritt, was natürlich ebenfalls zum Steigen der Mark und Sinken des Dollars beiträgt. Schließlich sei noch erwähnt, daß leider die Mark seit Kriegsende der beliebteste Gegenstand der spekulationswütigen Amerikaner ist. Möglicherweise rechnen sie ebenfalls auf Bewilligung einer internationalen Anleihe, die natürlich der deutschen Wirtschaft und damit der deutschen Währung zugute kommen würde. Vielleicht spielt auch bei der amerikanischen Finanzwelt der Gedanke eine Rolle, den Franzosen durch die Beeinflussung des Geldmarktes zugunsten Deutschlands einen Wink zu erteilen, und das bringt uns wieder auf die politische Seite der Frage.

Es ist oben schon gesagt worden, daß eine gehörige Dosis Optimismus dazu gehört, um an einen Dauerzustand in bezug auf das Sinken des Dollars zu glauben. Wenn die erwähnte Meldung der Times richtig ist, daß nach Auffassung amerikanischer Bankiers „unter geeigneten Bedingungen" deutsche Schuldverschreibungen in Amerika untergebracht werden könnten, so fehlen eben leider doch die „geeigneten Bedingungen". Auch die Amerikaner werden ihren ohnehin nicht sehr starken Optimismus, soweit er überhaupt vorhanden ist, in demselben Augenblick einbüßen, in dem sie sehen, daß Frankreich unbelehrbar ist und bei seiner Politik des Militarismus und Imperialismus beharrt. Amerika hat seit der Konferenz von Washington unaufhörlich erklärt, es werde sich nur dann mit erheblichen Geldmitteln beteiligen, wenn in Europa, d. h. in Frankreich, Belgien und Polen, mit den Friedensversicherungen ernst gemacht und wirklich abgerüstet wird. Solange die Poincaré, Barthou, Tardieu, Clemenceau usw. in Frankreich das Heft in der Hand haben und mit der gepanzerten Faust auf den Tisch schlagen, ist an eine Völkerverständigung nicht zu denken. Das mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwartende Fiasko der Konferenz von Genua dürfte auch das Fiasko der internationalen Anleihe und damit das Ende des Optimismus in finanzieller Hinsicht bedeuten.

Kann die deutsche Landwirtschaft das Volk ernähren?

Von Abg. Held, Vors. des Landwirtschafts-Ausschusses im Preußischen Landtag.

Das ist die Frage, wovon die Wiedergesundung unseres Wirtschaftslebens abhängt. Vor dem Kriege war trotz vieler ungünstiger Verhältnisse, so u. a. der Landflucht, die landwirtschaftliche Produktion so gestiegen, daß die Bevölkerung bis auf etwa 7 Proz. ernährt werden konnte. In der Hauptsache waren es Futtermittel, die in erheblichem Maße (20 Millionen Tonnen) eingeführt werden mußten. Seit der Zeit haben sich die Verhältnisse wesentlich verschlechtert. Die Ernteerträgnisse sind bis zum Jahre 1920 z. T. bis auf die Hälfte zurückgegangen. Schuld daran war vor allem der

durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufene Mangel an Arbeitskräften und Düngemitteln, und zwar sowohl tierischer wie künstlicher, ferner die durch Zwangswirtschaftsmaßregeln herbeigeführte Produktionsmüdigkeit. Wenn nun inzwischen auch eine Besserung eingetreten ist, indem die Erntefläche sich gegen 1920 um 189 000 Hektar, d. i. 0,93 Prozent, vergrößert hat, so bleibt sie doch noch um za. 9 Proz. gegen 1913 zurück, und die Ernteerträgnisse waren bei Getreide noch um za. 20 Proz. und bei Kartoffeln sogar um 37 Proz. geringer als 1913. Es kommt noch hinzu, daß durch die Abtretung der östlichen Gebietsteile, Westpreußen und Posen, die landwirtschaftliche Überschußgebiete waren, unsere Ernährungsverhältnisse ungünstig beeinflußt werden. Der Zuckerrübenanbau hat sich bereits um etwa 100 000 Hektar gehoben, wodurch die Zuckererzeugung um 17 Proz. gestiegen ist. Die Hebung des Viehstandes macht langsame Fortschritte, der Rindviehbestand hat sich um 470 000 Stück und der Schweinebestand um 2,6 Millionen gehoben. Auch die Qualität der Tiere hat sich wesentlich gebessert; leider ist zu befürchten, daß infolge des Futtermangels und der fortgesetzt steigenden Fleischpreise erhebliche Abschlachtungen stattfinden und wieder ein starker Rückgang eintritt, was auch im Interesse der Milch- und Buttererzeugung zu beklagen wäre. Wenn man bedenkt, daß wir von diesen beiden Produkten im Jahre 1913 für 158 Millionen Mark einführen mußten, so kann man sich ein Bild davon machen, welche Mittel heute nötig wären, um den Ausfall zu decken. Wird es nun angesichts dieser Tatsachen möglich sein, die landwirtschaftliche Produktion so zu steigern, daß die Bevölkerung ausreichend ernährt werden kann? Ich behaupte, es ist möglich, wenn verschiedene Voraussetzungen auf technischem und politischem Gebiete restlos erfüllt werden. In einem früheren Artikel über Bodenverbesserungen habe ich nachgewiesen, daß durch die ins Werk geleiteten Meliorationen Millionen Hektar Öd- und Moorländereien der landwirtschaftlichen Produktion erschlossen werden; sie werden nicht allein Ersatz für im Osten verlorene Anbauflächen bringen, sondern, da es sich dabei im hervorragenden Maße um Schaffung von Weideland und Wiesen handelt, auch zur Folge haben, daß weniger Ackerland zum Futteranbau Verwendung findet, so daß der Getreide- und Hackfruchtanbau davon Vorteile hat. Es steht ferner fest, daß bei ausreichender und sachgemäßer Verwendung von Kunstdünger und hochgezüchtetem Saatgut die Produktion um das Doppelte gesteigert werden kann. Aufgabe der Staatsregierung und des landwirtschaftlichen Hilfswerks wird es nun in erster Linie sein, dafür zu sorgen, daß alle Landwirte darüber aufgeklärt und veranlaßt werden, so zu wirtschaften. Zu diesem Zwecke muß ein engmaschiges Netz wirtschaftlicher Beratungsstellen besonders für den Kleinbesitz geschaffen werden. Daß man den Landwirten, deren Betriebsmittel dazu nicht ausreichen, weitgehende Kredite und Zahlungserleichterungen bewilligt, ist dringend zu wünschen. Außerdem aber ist es nötig, daß für die rechtzeitige Anfuhr dieser Produktionsmittel ernsthaft Sorge getragen wird und dafür Frachtermäßigungen gewährt werden. Für die Hebung der Viehzucht müssen Futtermittel herangeschafft werden, Kleie, Mais, Ölkuchen usw. müssen aus dem Ausland bezogen, den Landwirten angeboten und leicht zugänglich gemacht werden. Wenn man statt dessen die Einfuhr von Luxusartikeln, wie Pelzwaren, Liköre, Apfelsinen, Feigen, Nüsse usw., wofür Hunderte von Millionen ins Ausland wandern, verbietet, so wird man für den Anbau unseres Wirtschaftslebens ein gutes Werk tun. Obst- und Gemüsebau, Kleintierzucht sind durch Ausstellungen und Prämiierungen zu fördern, vor allen Dingen aber die Hühnerzucht — im Jahre 1913 haben wir für fast 200 Millionen Mark Eier eingeführt — das muß durch Inlandserzeugung ersetzt werden; das wird auch die Preise günstig beeinflussen. Aber ohne Produktionsfreudigkeit ist keine Produktionsvermehrung möglich, darum muß unter allen Umständen der restlose Abbau der Zwangswirtschaft gefordert werden. Die Zunahme der Getreideernte des vergangenen Jahres ist ohne Frage eine Folge der kleinen Lockerung der Zwangswirtschaft durch das gewiß nicht ideale Umlageverfahren; daß aber die volle Beseitigung der Zwangswirtschaft eine sehr intensive Wirkung auf die Produktion hat, sehen wir bei der Zuckerwirtschaft, bei der nach der vollen Freigabe die Rübenanbaufläche um zirka 40 Prozent gestiegen ist. Von sozialdemokratischer Seite wird zwar die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft gefordert, aber im Interesse der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der Volksernährung darf weder hiervon noch von einer sogenannten veredelten Zwangswirtschaft (Getreidetrust) die Rede sein. Volle freie Wirtschaft ist die Grundbedingung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung auf dem Lande muß unter allen Umständen gewährleistet sein, den Landarbeitern müssen gute Lebensbedingungen verbürgt, Erntestreiks als Streiks in lebenswichtigen Betrieben angesehen und mit allen Mitteln verhindert werden. Die Sicherheit des Eigentums und des Besitzes muß garantiert werden, Eingriffe in die Privatrechte sowie in die unbeschränkte Verfügung über die Erzeugnisse sind zu vermeiden und alle dahingehenden Versuche abzuweisen. Auf steuerlichem Gebiete ist eine Überspannung der Steuertarife, die Berechnung von Grund und Boden nach dem gemeinen Werte sowie jede Doppelbesteuerung zu vermeiden und eine gerechte, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Steuerveranlagung herbeizuführen. Es würde eine ganz erhebliche Herabminderung des Interesses der Landwirte an ihrer Arbeit und damit an der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben, wenn dem nicht Rechnung getragen würde.

Das landwirtschaftliche Unterrichtswesen muß mit allen Kräften gehoben und gefördert werden. Von den 5 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben Deutschlands werden kaum 10 000 von Landwirten geleitet, die Hochschulbildung genossen oder sich an anderen landwirtschaftlichen Unterrichtsanstalten sowie in guten Lehrwirtschaften genügende Fachkenntnisse erworben haben. In der übergroßen Mehrzahl der mittleren und kleineren Betriebe wirtschaftet man heute noch nach der alten, von den Vätern überkommenen Art. Diese Betriebe umfassen aber beinahe 70 Proz. der landwirtschaftlich bebauten Fläche Deutschlands. Von ihnen hängt der Erfolg der Produktionssteigerung im wesentlichen ab, und es ist darum nötig, daß auch in diesen Kreisen das landwirtschaftliche Fachwissen die nötige Verbreitung findet. Gelingt es uns, den Getreideertrag im Durchschnitt des Reiches nur um zwei Zentner pro Morgen zu steigern, so wäre damit die Notwendigkeit, aus dem Auslande Brot- und Futtergetreide einzuführen, beseitigt. Die Möglichkeit, daß die deutsche Landwirtschaft das Volk ernähren kann, ist also vorhanden — vorausgesetzt, daß in allen Kreisen das nötige Verständnis und der unbeugsame feste Wille besteht, die ganze Kraft für die Erreichung dieses Zieles einzusetzen. Eins kommt allerdings noch hinzu: Mit allen nur möglichen Mitteln muß die Regierung dafür sorgen, daß kein einziges Korn Getreide und keine Kartoffel ins Ausland verschoben wird.

Versicherung gegen Brandschaden.

Von **Wilhelm Dusche**, Mitglied des Reichstags.

Mein neuerlicher Vorschlag, durch Schaffung eines kurzen Gesetzes ohne weiteres wenigstens die Gebäudeversicherungen auf dem Lande der gesunkenen Valuta entsprechend zu gestalten, und dadurch in allen Fällen den Wiederaufbau der durch Feuer zerstörten Gebäude zu ermöglichen, hat mir eine große Zahl von Zustimmungsschreiben zugehen lassen. Allgemein wurde anerkannt, daß die gegenwärtigen Zustände, unter denen ein erheblicher Teil der Gebäude, besonders auf dem Lande, viel zu niedrig gegen Feuer versichert ist, nicht fortbestehen könnten. Auch mir war bekannt, daß sich gegen dieses Inderverfahren mancherlei Gründe vorbringen lassen. Den Zwang wollte ich beseitigen dadurch, daß der einzelne Besitzer durch besondere Erklärung mit seiner Versicherung unter der Inderziffer bleiben konnte, allerdings zu seinem Schaden und zum Schaden des Ganzen. Die Abstufung nach den Teuerungsverhältnissen auf dem Baumarkt in den einzelnen Gegenden würde allerdings eine ziemlich schwierige gewesen sein. Es würde noch schwieriger werden, wenn man auch das Mobiliar in dieses Versicherungsverfahren mit hineingezogen hätte.

Das Bestreben einzelner Wirtschaftsverbände, lokale Brandaufbaukassen zu bilden, ist außerordentlich anerkennenswert, und man kann den Herren, die diesen Plan zunächst gefaßt und weiter verfolgt haben, nur danken. Allerdings muß man anerkennen, daß alle Neubildungen auf dem Gebiet des Versicherungswesens außerordentlich schwierig sind, daß dazu gehören nicht nur eingehende Kenntnisse auf diesem Gebiet, Statistiken über vorgekommene Brände über viele Jahrzehnte, sondern vor allen Dingen auch die richtige Mischung der Risiken und eine möglichst große Zahl von Versicherungsteilnehmern. Jeder Versicherungsteilnehmer muß absolut sicher sein, daß er bei einem Brande auch der Höhe seiner Versicherung entsprechend entschädigt wird und daß nicht bei einem entstehenden großen Brande die Versicherung auseinandergeht.

Ich begrüße es daher außerordentlich, daß in letzter Zeit eine Reihe großer Feuerversicherungen, so vor allem auch die Landschaftliche Brandkasse zu Hannover, und zwar mit Recht ihres gemeinnützigen Berufes eingedenk, mit dem Landbunde Verhandlungen eingeleitet hat, um in Verbindung mit einer angemessen erhöhten Stammversicherung gegen feste Prämien auf breiter Basis eine Umlageversicherung zur Deckung der vollen zeitigen Werte ins Leben zu rufen. Wohl weiß ich, daß man mit diesem Umlageverfahren im Versicherungswesen gewissermaßen auf die Gilden des Mittelalters zurückgeht, daß das jetzige Verfahren, bei dem jeder Versicherungsteilnehmer weiß, was er an Prämie zu bezahlen hat, einen Fortschritt bedeutet. Es soll jedoch nicht die ganze Versicherung auf der Umlage aufgebaut sein, sondern nur ein Teil derselben. Man beabsichtigt seitens der landschaftlichen Brandkasse eine ausreichende Stammversicherung, vielleicht mit einem Zuschlage von 900 Prozent zu der Friedensversicherung bestehen zu lassen, um auch auf diesem Gebiet eine Mischung der Risiken eintreten zu lassen. Die Stammversicherung nimmt ferner an der Rückversicherung der Feuersozietäten teil, die Umlageversicherung nicht. Es tritt mithin auch eine Mischung der Mit- und Rückversicherung ein. Dieses ganze Verfahren kann natürlich nur als ein Notbehelf angesehen werden, der sich einzig und allein rechtfertigt durch die außergewöhnlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse. Ob er billiger zum Ziele führt als eine Versicherung gegen feste Prämie wird die Zukunft lehren. Ich persönlich möchte es glauben. Außerordentliche Verhältnisse rechtfertigen auch auf dem Gebiete der Feuerversicherung außerordentliche Maßnahmen. Die Zeit wird es lehren, ob man demnächst bei sinkenden Preisen einen Abbau dieses Verfahrens vornimmt und zur festen Prämie zurückgeht.

Diesem so geplanten Unternehmen kann nur regste Beteiligung der Landwirtschaft und bester Erfolg gewünscht werden. Nur auf breitester Basis kann es Erfolg haben. Meiner Ansicht nach werden die Landbund-Organisationen sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sich sämtlich in den Dienst dieser Sache stellen. Hoffen wir, daß die Beratungen, die nötig sind, um dies Verfahren möglichst überall zu ermöglichen, nicht allzulange Zeit in Anspruch nehmen, damit es in kurzer Zeit durchgeführt werden kann. Alles kommt darauf an, daß jedes Gebäude, auch auf dem Lande, das durch Feuer zerstört wird, wieder aufgebaut werden kann, und daß der geschädigte Landwirt auch in jedem Falle in der Lage ist, die zur intensiven Bewirtschaftung notwendigen Geräte und Maschinen verschiedenster Art sofort sich wieder anzuschaffen, wenn ihm solche durch Feuer zerstört sind.

„Den Finger drauf."

Die oberschlesische Rechnung. Eine Nachricht besagt, Oberschlesien solle als Kosten der Belagerung, die demnächst vielleicht zu Ende geht, der

Entente 2 Milliarden zurückerstatten. Diese Summe ist zweifellos übertrieben, aber eine Rechnung wird Oberschlesien überreicht werden und es wird sie bezahlen müssen. Gewalt geht auch hier vor Recht. Ein Land, das zerfetzt und zerrissen worden ist und das aus tausend Wunden blutet, soll die Henkerarbeit auch selbst noch bezahlen. Blutige Ironie, wenn es nicht grausamer Ernst wäre.

*

Das sozialdemokratische Konto ist in der letzten Zeit so stark mit politischen Ausschreitungen aller Art belastet worden, daß die Sozialdemokratie bald nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch abgewirtschaftet haben wird. Es seien nur einige bezeichnende Fälle herausgegriffen. In Braunschweig, das man als ein sozialdemokratisches „Musterländle" bezeichnen kann, ist in der Polizeiverwaltung ein wahrer Korruptionssumpf aufgedeckt worden, den die sozialdemokratische Parteiwirtschaft in der Landesregierung angerichtet hat. In Sachsen bleibt die sozialistische Regierung seelenruhig im Amt, obgleich der Landtag den Justizetat abgelehnt und damit der Regierung ein Mißtrauen bekundet hat, das verfassungsmäßig zum sofortigen Rücktritt führen müßte. Dieselbe bankerotte sozialistische Regierung hat der sächsischen Bevölkerung den 1. Mai als Feiertag aufgezwungen. Dasselbe haben die sozialistischen Gewalthaber in Thüringen trotz ganz schwacher Mehrheit in den letzten Tagen fertiggebracht. Auf der andern Seite hat eine sozialistische Minderheit mit Einschluß der Mehrheitssozialdemokraten in Bremen die Aufhebung des gesetzlichen Maifeiertages mit Gewaltmitteln zu verhindern gesucht und gegen den Mehrheitsbeschluß ein wildes Toben entfesselt. Auch die Befreiung des Staates Lippe von dem sozialistischen Maifeiertag durch das neugewählte Parlament erregt das Toben der Sozialdemokraten, die den Parlamentarismus offenbar nur gelten lassen, wenn sie den Vorteil davon haben. In der industriellen Siedelung Rüsselsheim bei Frankfurt a. M. hat der Gemeinderat mit sozialdemokratischer Mehrheit beschlossen, eine Kolonie, die von der Opel-Stiftung gebaut wird, mit Straßen zu durchziehen, die nach sozialdemokratischen Führern benannt sind. Da die Stiftung die Hauptstraße nach dem Namen des Stifters genannt zu sehen wünscht, ist der Wohnungsbau eingestellt worden. Den Sozialdemokraten ist also eine Bebelstraße wichtiger, als Abhilfe der Wohnungsnot. In Kassel, wo Herr Scheidemann glorreich regiert, ist die Stelle eines besoldeten Stadtrates nicht ausgeschrieben, sondern stillschweigend mit einem Sozialdemokraten besetzt worden. Sämtliche bürgerlichen Fraktionen haben darauf beschlossen, die Auflösung der Stadtverordnetenversammlung zu beantragen. Die Folgerung aus dieser Liste? Die Sozialdemokratie erweist sich überall, wo sie in der Macht sitzt, als unfähig, das Allgemeininteresse zu vertreten.

*

Ein sozialistisches Urteil über Paulsens Schulreform.

Stadtschulrat Paulsen in Berlin behauptet immer, daß ihm bei der Durchführung seiner Schulreformpläne nur von dem „reaktionären" Provinzial-Schulkollegium und den bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten bereitet würden, da diese Herren sich in die proletarische Denkungsweise nicht versetzen könnten. Daß dem nicht so ist, beweist folgende Tatsache. Der sozialistische Rektor Schwarz aus Schöneberg unterzieht in der „Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung", im Organ des Berliner Lehrervereins, die Paulsenschen Reformpläne einer kritischen Besprechung und kommt dabei zu dem folgenden Schlußurteil:

„Wenn wir auch Wilhelm Paulsen die allerbesten Absichten zuerkennen und nicht im entferntesten daran denken, mit ihm in persönlichem Gegensatz zu treten, so hat doch der Entwurf Paulsens nicht das gebracht, was den Berliner Schulen nottut. Seine unklare pädagogische Terminologie, die mangelnde Begründung seines phantasievollen Aufbaues, das Fehlen der realen Grundlage, die anscheinend absichtliche Außerachtlassung des historisch Gewordenen und der Anpassung an die örtlichen Verhältnissen lassen seine praktische Durchführung illusorisch erscheinen und fordern den sachlichen Widerspruch heraus."

Das ist auch unsere Meinung und die der bürgerlichen Parteien. Es ist aber gut, daß Herrn Paulsen die reine Wahrheit auch einmal von einem seiner Parteigenossen gesagt wird, damit er sich nicht hinter Ausreden vom „reaktionären Bürgertum" verstecken kann.

S.

Aus der Partei.

In Dortmund fand am 22. 4. eine Sitzung des Hauptvorstandes des Wahlkreises Westfalen-Süd statt, in der der Reichstagsabgeordnete Ehrenamtmann Westermann über das Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft und Professor Dr. Moldenhauer über die politische Lage sprachen. Infolge des großen Eindrucks der Vorträge wurde von einer Besprechung Abstand genommen.

*

Tagung des Schulausschusses der D. V. P. in Bochum.

Der Schulausschuß der Deutschen Volkspartei des 20. Wahlkreises tagt am Samstag, dem 13. Mai, nachmittags 3½ Uhr, in Bochum (Parkhaus).

*

Tagung des kommunalpolitischen Ausschusses für Südwestfalen.

Am Sonntag, dem 14. Mai, vormittags 10¼ Uhr, findet im Lindenhof zu Dortmund eine Sitzung aller in der Stadt- und Landgemeindeverwaltung ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Deutschen Volkspartei behufs Gründung einer kommunalpolitischen Vereinigung für Westfalen-Süd statt.

Tagesordnung:

1. Gründung der kommunalpolitischen Vereinigung von Westfalen-Süd.
2. Wahlen des Vorstandes.
3. Vortrag über den Entwurf der neuen Stadt- und Landgemeindenordnung. Referent: Stadtverordneter Dr. Wenderoth.
4. Stellungnahme zur rheinisch-westfälischen und zur preußischen interfraktionellen Vereinigung.
5. Verschiedenes.

*

Frauentagung.

Der Vorstand des Wahlkreisfrauenausschusses der D. V. P. im 20. Wahlkreise hat in seiner Sitzung vom 18. März (Hagen) beschlossen, am 20. und 21. Mai eine Frauentagung in Dortmund, Gewerbeverein, Kuhstraße, abzuhalten.

Es werden sprechen:

1. Frau Clara Mende, M. d. R.: Die politische Lage.
2. Frau Charl. Mühsam, M. d. Reichswirtschaftsrates: Ernährungssorgen und ihre Wirkungen auf den Haushalt.
3. Frl. v. Kulesza, M. d. L.: Kultur- und Sittlichkeitsfragen.
4. Frl. Studienrat Thoene-Köln: Frauenberufsfragen.
5. Frau Dr. Bertelsmann-Bielefeld, städtische Fürsorgerin: Das Elend der Kleinrentnerinnen.
6. Frl. Hildegard Hoerster-Dortmund: Die Wünsche der volksparteilichen Jugendbündlerinnen an die Frauen der Partei.

Herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei Geschäftsstelle Brüderweg 1. (Fernruf 1442). Für die Schriftleitung verantwortlich P. Nitschke. (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Die Anzeigen im Beobachter finden die weiteste und wirksamste Verbreitung.

Theob. Pfeiffer Nachf.
Siegen — Kölner Straße
unterhalten das größte Lager in
Herren- u. Knabenbekleidung
Lieferant feiner Maßbekleidung.

Frau Hermann Siebertz
Ernsdorf - Kreuztal
Bismarckstraße 44.
Zigarren,
Zigaretten, Tabak,
» » Pfeifen. « «

Parteibüro der D. V. P.
Brüderweg 1.

J. H. Kurth, Kreuztal
Karbid-Großhandlung
Autogene Schweiß- und Schneidanlagen nebst Zubehörteilen
der Chem. Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. Main.

Strebsamer
Buchhalter
26 Jahre, in Buch- und Lohnbuchhaltung erfahr., z. Zt. in ungek. Stellung in Industrie, sucht sich für sof. oder später zu verändern. Dauer-Vertrauensstellung erwünscht.
Gefl. Angeb. unter G. F. 55 an d. Siegener Ztg. erb.

K. August Falkenhahn, Kreuztal (Kreis Siegen)
Tel. Amt Kreuztal 59 — **Eisenbahn-Baugeschäft** — Tel. Amt Siegen 1235
Ausarbeitung von Entwürfen und Herstellung von Eisenbahn-Anschlüssen.
Übernahme sämtl. Hoch- und Tiefbauten, sowie Erd-, Maurer-, Beton- und Wasserarbeiten.

BURBACHBETON

Baugesellschaft mit beschränkter Haftung

KROMBACH, KREIS SIEGEN.

Feldmann & Münker

G. m. b. H.

Eisengroßhandlung, Krombach, Kr. Siegen

Fernruf Amt Kreuztal Nr. 85 u. 115.

Telegramm-Adr.: Feldmann Kreuztal.

Neueisen Alteisen Metalle.

Besonderheit: alle Sorten Bleche.

Justus Stahlschmidtsche Werke

G. m. b. H.

Kreuztal, Krs. Siegen.

Lochanstalt,

Kesselschmiede, Apparatebau

Blechschweisserei.

Eisen- u. Metallwerke

G. m. b. H.

Ferndorf (Kr. Siegen)

Uebernahme von Dreharbeiten

wie Walzenschrauben, Muttern und sonstigen Werkstücken, auch im Lohn.

Anfertigung u. Bearbeitung von Maschinenteilen jeglicher Art.

Billigste Berechnung. — Anfragen erbeten.

Aug. Marx,

Wurst- und Fleischwarenfabrik,

Ernsdorf-Kreuztal. Fernspr. Nr. 18.

Maschinelle Kühlanlage im Hause.

Jacob Sarx Inh.: Karl Sarx

Fernruf 561. Siegen :: Löhrtor ::

Chemische Reinigungsanstalt und Färberei.

Wäscherei „auf Neu"

für Gardinen, Waschkleider und Waschblusen

Krombacher



Pilsener, hell und dunkel

MENDELSBERG BRÄU

hergestellt aus nur Malz u. Hopfen in Friedensstärke.

Ernst Giesler & Co. G. m. b. H.

Kreuztal, Kr. Siegen.

Fernspr. 108. Telegramme: Metallgiesler.

Sämtl. Pelzwaren eigener Fabrikation

Hüte, Mützen, Schirme.

Ankauf aller Pelzfelle.

Pelzhaus Becker

Siegen

Fernruf 890. — Marburger Str. 10/12.

Wäschehaus Franz Schartiger

Siegen

bietet an:

Oberhemden, Herren-Unterzeuge, Kragen, Krawatten.

Eigene Maßabteilung für jede Art Wäsche.

Fabrikation von Ambossen und Sperrhörnern

Reparaturen alter Ambosse.



Matrizenstahl.



Geschmiedetes Ia. Siemens-Martin-Eisen für Maschinenteile.

Schmiedestücke.

Frühstücks-Services

Reichste Auswahl für den herrschaftlichen u. bürgerlichen Tisch

J. WELTER

Kornmarkt 12–16.

HOTEL HUTHSTEINER.

Arnold Schreiber, Ferndorf, Kreis Siegen.

Generalvertretung

der Firma Otto E. Meise, Hamburg, Oele, Fette, Putzwolle und der Firma J. J. Glorius, Magdeburg, Farben und Lacke

---

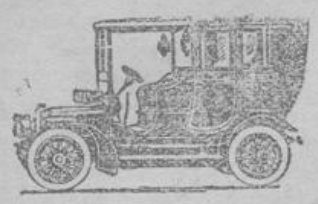
Ludwig Pfaff

Herren-Maßgeschäft,

Kreuztal,

Kreis Siegen,

Bismarckstraße 42.



Automobile.

Karl Sohler, Kreuztal, Kreis Siegen

Fernruf 126

Neuzeitlich eingerichtete Instandsetzungswerkstätte.

Alleinvertreter für die hiesigen Bezirke der Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken G. m. b. H., Berlin. (N. A. G., Hansa-Lloyd, Brennabor und Hansa.)

Lohnbeutel

Grösste Leistungs- - - - fähigkeit - - -

Sowie sämtliche von Werken gebrauchte

Papierwaren

Papierw.-Fabrik

Wilh. Winckel, Berleburg.

Gebr. Wolf, Siegen

Sondergeschäft für Bürobedarf.

Schreibmaschinen
Rechenmaschinen
Vervielfältiger
und deren Zubehör.

WEIDENAU.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Schöngeistiger Literatur

bis zu den neuesten Erscheinungen:

Philosophischen Werken, Klassikern, Jugendbücher, Gerahmte u. ungerahmte Kunstblätter, Reiseerzählungen, Oelgemälde, Technischen Werken, Politischen Memoiren, Papierwaren, :-: Schulartikeln, Musikalien. :-:

Unterhalte stets ein großes Lager in :-: Reclams Universalbibliothek. :-:

Empfehle mich außerdem zur Lieferung sämtlicher :-: Zeitschriften und Werke aller Literaturgebiete. :-:

Besichtigung meines reichhaltigen :-: Sortiments ohne Kaufzwang. :-:

Heinrich Aha, Weidenau, Wilhelmstr.

Karl Helmes

Kaffee-Spezialgeschäft

Konfitüren, Schokoladen, Tee, Kakao, Keks.
Große Auswahl in **Bonbons, Desserts und Marzipan.**
Weine, Spirituosen und Liköre.

Wilhelmstraße :: Ruf 1279.

Johann Reinhard

Manufaktur- u. Modewaren
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren
Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion
Spezialität: Herrenartikel

Wilhelmstr. :-: Ruf 387

Heinrich Braas

Bautechnisches Büro

Sanditraße 1 :-: Ruf 804.

Paul Hruby

Spezialhaus für feinen Damenputz

Wilhelmstraße.

Schuhhaus

Paul Saßmannshausen

empfiehlt sich beim Einkauf

erstklassiger Schuhwaren

Wilhelmstr. (Haltest. Hotel Patt) Ruf 836.

Otto Moritz

Uhren, Gold- und Silberwaren.

Bestecke in Massivsilber und versilbert.
Musikwerke und Pianos.

Weidenau, Wilhelmstraße. — Ruf 956.
Siegen, Kölner Straße. — Ruf 531.

Zigarren-Spezialgeschäft

Heinrich Sänger

Allervorteilhafteste Bezugsquelle in **sämtlichen Tabakfabrikaten** für Wiederverkäufer zu Originalpreisen

Untere Friedrichstr. Ruf 1259.

Karl Busch

Buchhandlung u. Buchbinderei

— — gegr. 1897 — —

Siegstr. 25 :-: Ruf 2022.

Löwen-Drogerie

Fritz Müller

Drogen, Chemikalien, Parfümerien, Verbandstoffe.
Weine, Liköre, Spirituosen.
Photo-Artikel. — Oeffentliche Dunkelkammer.

Untere Friedrichstrasse. :-: Ruf 891.

Schleifenbaum & Steinmetz

Maschinenfabrik.

Spezialität:
Scheren, Pressen, Dampfhämmer

Austraße, Ruf 1479.

August Braun

Büromöbelfabrik

Untere Friedrichstraße. — Fernruf 638.

NOH & BUCH
NIETEN-FABRIK
WEIDENAU/SIEG

KESSEL-, BRÜCKEN-, SCHIFF-, VERSENK- **NIETEN** GITTER-, BLECH- U. FASS-NIETEN
IN ALLEN METALLEN

Wilhelm Schweisfurth

Hüte, Mützen, Regenschirme, Herrenwäsche, Schlipse, Hosenträger.

Wilhelmstraße, Ruf 778
(Haltestelle Hotel Patt.)

Karl Burgmann

: Schuhwaren und Maßarbeit :

Siegstraße 7.

Nordstern-

Versicherungs-Aktiengesellschaften
Berlin-Schöneberg
empfehlen sich für

Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Feuer-, Einbruch-Diebstahl-, Aufruhr-, Transport- und Reisegepäck-

Versicherungen.

Generalvertreter
Heinrich Autschbach
Untere Friedrichstr. 31.
— Ruf 518 —

Josef Thelen

Spezialhaus für Innendekoration, Lederwaren und Reiseartikel

Wilhelmstraße (Haltestelle Post),
Ruf 1180.

Albert Grimm

Uhren u. Goldwaren, Optik.

Eigene Reparaturwerkstätte
Wilhelmstraße.

Hermann Treude

Getreide-, Mehl- u. Futtermittel-Großhandlung

Geisweid i. W.

Büro u. Lager **Weidenau,** Untere Friedrichstr. 64
Ruf 1407.

Paul Haubrich

Inhaber der Niederlassung von Tengelmanns Kaffeegeschäft

Wilhelmstraße. — Ruf 406.

HOTEL PATT

(Haltestelle der Strassenbahn)

Erstes u. ältestes Haus am Platze

Gute und billige Verpflegung.

Konditorei und Café

ERNST WARNKE

Bringe meine **Gartenwirtschaft** in empfehlende Erinnerung.

Wilhelmstraße **Ruf Nr. 368.**